

Mehr Truppen nach Afghanistan – das dicke Ende kommt nach der Wahl

Aus der Bundeswehr ist zu hören: „Mehr Soldaten nach Kundus!“ Der Kontingentführer der deutschen ISAF-Kräfte, Brigadegeneral Vollmer, hat eine Erhöhung des deutschen Kontingents gefordert (siehe FAZ vom 22.9.2009). In der Bundeswehr gilt die jetzige Mandatsobergrenze von 4.500 Soldatinnen und Soldaten als nicht ausreichend. Vor den Wahlen will die Bundesregierung aber keine Forderungen nach einer Truppenerhöhung offen in den politischen Raum stellen.

Aber genau die wird kommen. Spätestens wenn im November 2009 die nächste Verlängerung des ISAF-Mandats ins Haus steht. Der NATO-Befehlshaber in Afghanistan, General McChrystal, warnt vor einer Niederlage in Afghanistan. Seine Lösung: Eine Verstärkung der Truppen. 21.000 zusätzliche US-Truppen hat Obama bereits auf den Weg gebracht, mehr sollen nun folgen. Dabei wächst auch der Druck auf Deutschland. Deutlich äußert die US-Regierung ihren Wunsch nach einem verstärkten Engagement der Bundeswehr. Die Rede ist von einer Erhöhung um 1 500 auf 6 000 Soldaten.

Den Wählerinnen und Wählern wird Sand in die Augen gestreut.

Die Bundesregierung hält sich wenig überraschend mit Kommentaren zurück. Krampfhaft ist sie in den letzten Tagen vor den Wahlen bemüht, der deutschen Öffentlichkeit ein ganz anderes Bild zu vermitteln. Von einem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan wird gesprochen. Merkel, Steinmeier und andere gaukeln der Öffentlichkeit einen „Strategiewechsel“ für Afghanistan vor. Von mehr zivilem Aufbau ist da die Rede, von der Vermeidung von zivilen Opfern und Deeskalation. Frank Walter Steinmeier hat einen „Abzugsplan“ in die Diskussion geworfen, Kanzlerin Merkel eine große Afghanistan-Konferenz angekündigt. Doch der Schein trägt.

Die Bundesregierung hat versagt

Die Bundesregierung will die deutsche Öffentlichkeit hinters Licht führen. Auch die bisherige Bilanz in Afghanistan wird geschönt:

- Die Bundesregierung übernahm 2002 vollumgehend den Aufbau der afghanischen Polizei. Bis heute hat die Europäische Polizeimission jedoch nicht einmal annähernd ihre Sollstärke von 400 Beamten erreicht.
- Die hochgelobten Provincial Reconstruction Teams (PRTs) haben kläglich versagt. Die Sicherheitslage verschlechtert sich. Hilfsorganisationen ziehen sich zurück.
- Keines der Ziele des sogenannten „Afghanistan Compact“ wurde bisher auch nur annähernd erreicht. Die Präsidentenwahl ist eine Farce. Korruption, Misswirtschaft und organisierte Kriminalität blühen.

Je länger das internationale Engagement dort andauert, je mehr Soldatinnen und Soldaten geschickt werden, desto schlechter wird die Lage im Land. 2,9 Milliarden Euro hat der Bundeswehreininsatz die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bisher gekostet. Erreicht wurde mit diesem Geld erschreckend wenig.

DIE LINKE hat bisher immer gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan gestimmt. Sie wird das auch weiterhin tun. Wer für die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes stimmt, wird für die weitere Eskalation des Krieges stimmen. Deshalb fordert DIE LINKE: Raus aus Afghanistan!

Redaktionsschluss: 22. September 2009